

Stellungnahme Clima Now zum Entlastungspaket 27

Über Clima Now

Clima Now ist eine Schweizer Stiftung mit einer klaren Mission: JETZT Kapital, Menschen und Ideen mobilisieren, um die Klimakrise zu lösen und eine lebenswerte Zukunft zu gestalten. Mit Fokus auf Policy & Advocacy setzt sich Clima Now für eine wirksame und zukunftsfähige Schweizer Klimapolitik ein – für das Erreichen des Netto-Null-Ziels. Durch wirkungsorientierte Investments in Startups aus den Bereichen Energiewende, nachhaltige Ernährungssysteme und Carbon Drawdown treibt Clima Now die Transformation aktiv voran. Zusätzlich macht Clima Now mit der jährlichen Pitch Night *Spotlight* innovative Klimaideen aus der Gesellschaft sichtbar und unterstützt ihre Umsetzung mit engagierten Unternehmenspartnern.

Wir nehmen nachfolgend Stellung zum Entlastungspaket 27, welches der Bundesrat am 29. Januar 2025 in die Vernehmlassung geschickt hat.

Bedenken bezüglich der Kürzungen in klimarelevanten Bereichen

Mit Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass das vorliegende Massnahmenpaket massive Kürzungen im Bereich Umwelt- und Naturschutz vorsieht. In diesem Themenbereich wird überproportional gespart: Die Massnahmen machen ein Viertel der geplanten 4.6 Milliarden an Kürzungen aus. Die Streichung dieser Gelder führt mittel- und langfristig nicht zu Einsparungen, sondern erhöht vielmehr die Kosten des Nicht-Handelns. Gespart wird auf Kosten zukünftiger Generationen¹. Wir verlangen, dass der Bundesrat die Kürzungen seriös auf ihre Folgen für Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft prüft und diesen Prüfbericht veröffentlicht, bevor er die Botschaft verabschiedet. Dabei ist auch auf ein Alignment mit teilweise erst kürzlich beschlossenen Gesetzen zu achten: Mit dem vorliegenden Kürzungspaket werden verschiedene Massnahmen abgeschafft oder massiv gekürzt, die erst vor einem knappen Jahr mit dem CO₂-Gesetz beschlossen wurden (z.B. Gebäudeprogramm).

Von besonderer Relevanz sind für uns die folgenden Punkte:

Gebäudeprogramm

Die geplanten umfangreichen Kürzungen beim Gebäudeprogramm ohne Vorschlag von Ersatzmassnahmen sind aus unserer Sicht inakzeptabel. Das Gebäudeprogramm hat seit seiner Einführung mehr als 140'000 Gebäude saniert und eine Treibhausgasreduktion von 44 Prozent

¹ Vgl. Position der Umweltallianz

gegenüber 1990 im Gebäudebereich realisiert, obwohl die beheizten Flächen seither massiv zugenommen haben². Diese Erfolgsgeschichte darf nicht durch kurzfristige Sparmassnahmen zunichtegemacht werden. Der Gebäudebereich ist einer der zentralen Treiber des CO₂-Ausstosses in der Schweiz. Auch wenn in den letzten Jahren wichtige Reduktionen erzielt werden konnten, sind wir noch lange nicht auf Kurs um das Netto-0 Ziel zu erreichen. Anstatt das Gebäudeprogramm einzusparen, sollte der Bund es so ausbauen, dass eine energetische Sanierung auch für vermietete Liegenschaften attraktiv ist und sozialverträglich umgesetzt werden kann.

Kürzungen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation

Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Kürzungen im BFI-Bereich belaufen sich auf mehr als 460 Millionen Franken pro Jahr. Diese Kürzungen werden zwangsläufig auch die Forschung und Innovation im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit beeinträchtigen. Insbesondere hervorheben möchten wir hier die geplanten Kürzungen der Finanzierung von Innosuisse, der Schweizer Agentur für Innovationsförderung, um 10%³. Innosuisse trägt wesentlich dazu bei, dass in der Schweiz innovative Lösungen nicht nur entwickelt, sondern auch umgesetzt werden, die wir für eine klimapositive Zukunft benötigen. Dieses erfolgreiche Instrument soll nicht gekürzt werden, denn der Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft ist schon heute ein Schwachpunkt der Schweizer Forschungslandschaft⁴. Darüber hinaus steht mit den geplanten Kürzungen nicht nur die Innovationskraft im Inland auf dem Spiel – auch die internationale Position der Schweiz als führender Forschungs- und Innovationsstandort könnte in Wanken geraten. Innosuisse spielt eine zentrale Rolle dabei, dass die Schweiz im globalen Wettbewerb als Vorreiterregion für zukunftsweisende Entwicklungen wahrgenommen wird.

Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen

Der Verzicht auf die Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen durch das Bundesamt für Umwelt (BAFU) und das Bundesamt für Energie (BFE) ist kurzfristig. Gerade solche Anlagen sind entscheidend, um innovative Technologien zur CO₂-Reduktion marktreif zu machen und den Technologietransfer zu beschleunigen⁵.

Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt

Bildung ist ein Schlüsselement für den gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit. Der Verzicht auf Förderungen in diesem Bereich untergräbt die Bemühungen, das notwendige Bewusstsein und Wissen für einen nachhaltigen Lebensstil zu schaffen.

Massnahmen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft

Die Kreislaufwirtschaft ist ein wesentlicher Baustein für eine ressourcenschonende und klimafreundliche Wirtschaft. Die Kürzung von Mitteln in diesem Bereich verhindert die dringend notwendige Transformation hin zu nachhaltigeren Produktions- und Konsummustern. Gerade Innovationen sind der Motor dieser Transformation – sie stärken nicht nur die ökologische

² [Fördergelder einzusparen fördert den CO₂-Ausstoss](#)

³ Positionspapier Netzwerk Future: [Netzwerk-FUTURE-Entlastungsmassnahmen-Positionspapier.pdf](#)

⁴ Vgl. Position der Umweltallianz

⁵ Vgl. Position der Umweltallianz

Nachhaltigkeit, sondern sichern auch langfristig die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.

Sparen am falschen Ort - Widersprüche in der Schweizer Klimapolitik

Die im Entlastungspaket vorgesehenen Kürzungen stellen die Umsetzung des Netto-Null-Ziels bis 2050 in Frage. Dies ist aus mehreren Gründen problematisch:

Wissenschaftliche Perspektive

Die wissenschaftliche Faktenlage zeigt klar, wie wichtig die Eindämmung der Klimaerwärmung auf 1,5 Grad ist. Hierfür muss die Schweiz bis spätestens 2050 klimaneutral werden. Die Kürzung von Mitteln für Klimaschutzmassnahmen steht im direkten Widerspruch zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Dringlichkeit des Handelns.

Weltpolitische Verpflichtungen

Mit dem Pariser Abkommen hat sich die Schweiz international verpflichtet, ihren Beitrag zur Begrenzung der globalen Erwärmung zu leisten. Die vorgesehenen Kürzungen gefährden die Einhaltung dieser Verpflichtungen und schaden dem Ansehen der Schweiz als verlässliche internationale Partnerin.

Demokratische Legitimation

Das Schweizer Volk hat das Netto-Null-Ziel bis 2050 mit dem klaren Ja zum Klima- und Innovationsgesetz demokratisch legitimiert. Die Kürzung von Mitteln für Klimaschutzmassnahmen missachtet diesen Volkswillen und ist daher aus demokratiepolitischer Sicht bedenklich.

Ökonomische Folgekosten

Laut den Zahlen des BAFU können die Kosten des ungebremsten Klimawandels bis 2050 jährliche Verluste von bis zu 4% des Schweizer BIP verursachen. Die vermeintlichen Einsparungen von heute werden durch die wesentlich höheren Kosten des Klimawandels in der Zukunft mehr als aufgewogen. Besonders besorgniserregend ist, dass einerseits beim Klima- und Biodiversitätsschutz gespart wird, andererseits aber weiterhin Millionen in klima- und biodiversitätsschädigende Subventionen fliessen. WSL und SCNAT zeigten 2020 in ihrem Bericht "Biodiversitätsschädigende Subventionen in der Schweiz" erstmals das riesige Ausmass der biodiversitätsschädigenden Wirkung von Subventionen auf. Dabei kamen über 160 Subventionen im Umfang von jährlich rund 40 Milliarden Franken zum Vorschein. Im Bereich Klima hat die EPFL im November 2024 in der Studie "Climate impact of tax reliefs in Switzerland" verschiedene Steuervergünstigungen mit klimaschädlicher Wirkung identifiziert. Mit deren Abschaffung könnte der Bund 2.9 Milliarden Franken zusätzliche Steuereinnahmen generieren.

Unser Fazit

Als Förderstiftung, die sich für eine klimaneutrale Schweiz einsetzt, sehen wir uns in der Verantwortung, den Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Gesellschaft zu unterstützen. Wir können jedoch die staatlichen Investitionen in diesem Bereich nicht ersetzen. Die öffentliche Hand trägt die Hauptverantwortung für die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel.

Unsere Forderung: Langfristig denken – Innovationen erhalten und Wettbewerbsfähigkeit sichern

Sparmassnahmen müssen nicht nur kurz-, sondern auch langfristig Sinn machen. Vor diesem Hintergrund fordern wir, die oben genannten klimarelevanten Massnahmen aus dem Entlastungspaket auszunehmen. Die vermeintlichen Einsparungen von heute werden durch die zukünftigen Kosten des Klimawandels und den Verlust der internationalen Vorreiterrolle der Schweiz in Sachen Klimaschutz und Innovation bei weitem übertroffen.

Wir fordern daher den Bundesrat auf, das Entlastungspaket 27 nochmals zu prüfen und dabei den langfristigen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nutzen von Klimaschutzmassnahmen angemessen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

Detaillierte Stellungnahme zu ausgewählten Sparmassnahmen

	Kommentar
2.1 Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte	Kein Kommentar
2.2 Verzicht auf Beitrag an das Auslandsangebot der SRG	Kein Kommentar
2.3 Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen	Kein Kommentar
2.4 Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen	Kein Kommentar
2.5 Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen	Kein Kommentar
2.6 Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse	<p>Antrag: Ablehnung Begründung: Innosuisse trägt wesentlich dazu bei, dass in der Schweiz innovative Lösungen entwickelt werden, die wir für eine klimapositive Zukunft benötigen. Dieses erfolgreiche Instrument soll nicht gekürzt werden. Gemäss aktuellen Schätzungen riskieren mit einer Kürzung von 10% jährlich über 60 innovative Projekte mit einem massgeblichen Beitrag im Bereich der Digitalisierung sowie der gesellschaftlichen oder ökologischen Herausforderungen, die gemeinsam von Umsetzungspartnern und Forschungsinstitution getragen werden, nicht mehr finanziert zu werden. Und dies zu einer Zeit, in welcher wir in bahnbrechende Lösungen für eine nachhaltige Zukunft investieren müssten. Mit dem wesentlichen Beitrag, welche die Förderung von Innosuisse an die Wertschöpfung der geförderten</p>

	<p>Unternehmen leistet, werden die volkswirtschaftlichen Verluste ein Mehrfaches über den Einsparungen von 30 Mio. CHF pro Jahr liegen⁶. Darüber hinaus steht mit den geplanten Kürzungen nicht nur die Innovationskraft im Inland auf dem Spiel – auch die internationale Position der Schweiz als führender Forschungs- und Innovationsstandort könnte in Wanken geraten. Innosuisse spielt eine zentrale Rolle dabei, dass die Schweiz im globalen Wettbewerb als Vorreiterregion für zukunftsweisende Entwicklungen wahrgenommen wird. Wird dieses Erfolgsmodell geschwächt, droht ein Reputationsverlust, der langfristig sowohl hochqualifizierte Fachkräfte als auch internationale Partnerschaften und Investitionen gefährden könnte.</p>
2.7 Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz	Kein Kommentar
2.8 Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf die Richtgrösse	Kein Kommentar
2.9 Verzicht auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern	Kein Kommentar
2.10 Kürzung des Beitrags an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug auf 50 Prozent	Kein Kommentar
2.11 Kürzung der indirekten Presseförderung	Kein Kommentar
2.12 Verzicht auf Beitrag Ausbildung Programmschaffende	Kein Kommentar
2.13 Verzicht auf Beiträge Verbreitung Programme in Bergregionen	Kein Kommentar
2.14 Verzicht auf Entsorgungsbeiträge	Kein Kommentar
2.15 Entflechtung zwischen Bund und AHV	Kein Kommentar

⁶ Positionspapier Netzwerk Future: [Netzwerk-FUTURE-Entlastungsmassnahmen-Positionspapier.pdf](#)

2.16 Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	Kein Kommentar
2.17 Verkürzung der Abgeltungspflicht für die Globalpauschalen auf 4 Jahre	Kein Kommentar
2.18 Verzicht auf Ausbildungsbeiträge Opferhilfe	Kein Kommentar
2.19 BIF: Kürzung der Einlagen	Kein Kommentar
2.20 Verzicht auf Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs	Antrag: Ablehnung Begründung: Der Verkehr ist einer der grössten Treiber des CO2-Ausstosses, weltweit und auch in der Schweiz, Im Vergleich zu anderen Sektoren konnten hier in den letzten Jahren nur marginale Verbesserungen erzielt werden. Die Förderung von umweltverträglicheren Verkehrsmitteln und alternativen Antriebssystemen ist daher essenziell und sollte nicht gestoppt werden.
2.21 Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe	Kein Kommentar
2.22 Verzicht auf Beiträge für automatisiertes Fahren	Kein Kommentar
2.23 Kürzung der allgemeinen Strassenbeiträge	Kein Kommentar
2.24 Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen auf Bundesinteressen	Kein Kommentar
2.25 BAFU: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	Antrag: Ablehnung Begründung: Der Bundesrat hat im Rahmen des Klimaschutzgesetzes (KIG) und dem Bericht zur Verordnung überzeugend dargelegt, dass wir in der Schweiz zwar auf Stufe Hochschulforschung und angewandte Forschung einen guten Stand haben, dass jedoch die Folgeschritte bis zu einer Markteinführung unterentwickelt ist. Pilot- und Demonstrationsprojekte sind deshalb eines der entscheidenden Elemente, um

	<p>die hohen Forschungsaufwendungen zu rechtfertigen, da sie so eher in marktfähige Produkte münden, die gerade im Umweltschutz dringend nötig sind. Dass der Bund diese unterstützt, macht es in vielen Bereichen überhaupt möglich, Innovationen und neue Produkte im Umweltbereich zu entwickeln. Wir lehnen diese Streichung dieses Förderinstruments ab, es soll in bewährten Umfang weitergeführt werden⁷.</p>
<p>2.26 Verzicht auf weitere Fondseinlagen Landschaft Schweiz</p>	<p>Kein Kommentar</p>
<p>2.27 Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt</p>	<p>Antrag: Ablehnung Begründung: Die Streichung von knapp 6 Mio. zur Förderung der Umweltbildung bringt keine wesentliche Entlastung des Bundeshaushalts. Sie zerstört aber die zahlreichen Bildungsvorhaben, die der Bevölkerung, der Jugend und Berufsleuten dazu dienen, Kompetenzen zum nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen zu erwerben. Ein Umweltbewusstsein der Gesellschaft trägt dazu bei, viele Schädigungen an unseren Lebensgrundlagen zu vermeiden, ohne dass dazu Vorschriften nötig sind oder Schäden kostspielig korrigiert werden müssen. Die Einsparung von nicht einmal 6 Mio. CHF wird deshalb langfristig zu viel</p>

⁷ Vgl. Position der Umweltallianz

	höheren Kosten führen. Mit der Revision würde der Bundesrat die Errungenschaften und Investitionen aus mehreren Jahrzehnten Gesetzgebung und Umweltbildung vernichten und weitaus erhöhte, indirekte Folgekosten generieren ⁸ .
2.28 Verzicht auf Beihilfen Viehwirtschaft	Kein Kommentar
2.29 Erhöhung Versteigerung Zollkontingente	Kein Kommentar
2.30 Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent	Kein Kommentar
2.31 Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik	Antrag: Ablehnung Begründung: Der Bundesrat fordert im Rahmen des Kürzungspakets den heutigen Bundesanteil ans Gebäudeprogramm von rund 400 Millionen Franken zu streichen. Stattdessen sollen die zweckgebundenen Einnahmen aus der CO2-Abgabe in die neuen Innovations- und Impulsprogramme des KIG fliessen. Damit ignoriert der Bundesrat den Volksentscheid zum Klimaschutzgesetz, das vielmehr zusätzliche Massnahmen im Gebäudebereich gefordert hat. Weiter verkennt die Landesregierung damit die Wichtigkeit des Gebäudeprogramms zur flächendeckenden Umsetzung von energetischen Erneuerungen sowie Heizungssanierungen, riskiert die Erreichung der Klimaziele und schwächt

⁸ Vgl. Position der Umweltallianz

	<p>die inländische Stromversorgung im Winter.</p> <p>Nach wie vor werden in der Schweiz mehr als 900'000 Wohnbauten mit Öl-, Gas- oder Elektroheizungen beheizt – ein grosser Teil davon muss energetisch saniert werden. Sollen die Klimaziele bis 2050 erreicht werden, müssen verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen, statt erfolgreiche Programme gestrichen werden. Das Gebäudeprogramm hat seinen Dienst noch nicht getan: Es ist das zentrale Instrument für die Dekarbonisierung des Gebäudeparks und zur Senkung des Strombedarfs im Winter. Werden die Mittel aus dem Gebäudeprogramm gestrichen, benötigt es ergänzende Massnahmen mit der gleichen Wirkung, die die Zielerreichung sicherstellen.⁹</p>
<p>2.32 BFE: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen</p>	<p>Antrag: Ablehnung Begründung: Der Bundesrat hat im Rahmen des Klimaschutzgesetzes (KIG) und dem Bericht zur Verordnung überzeugend dargelegt, dass wir in der Schweiz zwar auf Stufe Hochschulforschung und angewandte Forschung einen guten Stand haben, dass jedoch die Folgeschritte bis zu einer</p>

⁹ Musterstellungnahme Allianz Gebäudeprogramm

	<p>Markteinführung unterentwickelt ist. Pilot- und Demonstrationsprojekte sind deshalb eines der entscheidenden Elemente, um die hohen Forschungsaufwendungen zu rechtfertigen, da sie so eher in marktfähige Produkte münden, die gerade im Umweltschutz dringend nötig sind. Dass der Bund diese unterstützt, macht es in vielen Bereichen überhaupt möglich, Innovationen und neue Produkte im Umweltbereich zu entwickeln. Wir lehnen diese Streichung dieses Förderinstruments ab, es soll in bewährten Umfang weitergeführt werden¹⁰.</p>
2.33 Regionalpolitik: Verzicht auf weitere Fondseinlagen und auf Steuererleichterungen	Kein Kommentar
2.34 Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs	Kein Kommentar
2.35 Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule	Kein Kommentar
2.36 Änderung Subventionsgesetz	Kein Kommentar

¹⁰ Vgl. Position der Umweltallianz